

HORST HELAS

Rechtsextreme in der Mitte der deutschen Gesellschaft

Die große Stunde für Parteien- und Meinungsforscher, für Journalisten und Politiker aller Richtungen ist gekommen. Sie erklären den Wählern wie den Nichtwählern jetzt, was am 26. März 2006 eigentlich passiert ist und welche Auswirkungen diese politischen Erschütterungen in den Kommunen in Hessen, in den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sowie für ganz Deutschland kurz-, mittel- und langfristig haben werden. Es gibt gar Stimmen, die Folgen für Europa und die ganze Welt zu erkennen glauben. Abwarten.

War es wirklich ein Erdbeben? Liest man die Zeitungen unmittelbar nach dem Wahltag, nichts von alledem. Die große Koalition kann sich bestätigt fühlen. Die Befürchtung, dass linke Sozialdemokraten gemeinsame Sache mit WASG und Linkspartei.PDS machen werden¹, scheint angesichts der Wahlergebnisse geringer geworden zu sein. Und über Rechtsextremisten braucht man sich wohl auch keine größeren Sorgen machen. Wirklich?

Nach den vorgezogenen Bundestagswahlen 2005 ist allen vier Wahlen vom 26.3.2006 gemeinsam, dass sie als Widerspiegelung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen seit Antritt der Regierung der großen Koalition angesehen werden. In der Sprache der Medien hieß das: »Die Schamfrist der Regierung läuft Sonntagabend ab.«

Die Zeitungsüberschriften in den Tagen unmittelbar nach dem Wahlsonntag lassen gegenüber der Wahlkampfzeit einen veränderten Grundton erkennen: Nach dieser fulminanten Bestätigung ihrer Politik kann die große Koalition mit ihren Reformen endlich loslegen.

»Jetzt wird durchregiert!«²

Aus der Sicht der Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien sind folgende übergreifenden Tendenzen erkennbar:

1 Die tageszeitung titelte in ihrer Wahl-Wochenend-Ausgabe: Wird die SPD gelinkt?

2 So die Aufmachung der taz am Montag nach der Wahl.

1. Obwohl alle vier Wahlen ihre Spezifik haben und eigentlich kaum miteinander zu vergleichen sind, lautet der Trend der Berichterstattung in den Medien wie bei den Politikern der regierenden Parteien: »Die Wahlen zeigen es. Mit Angela Merkel geht es in Deutschland endlich wieder aufwärts!« Mit einer Programm- und Werte-Debatte macht die CDU zudem allen anderen Parteien vor, wer in Deutschland die Deutungshoheit für zentrale gesellschaftliche Probleme innehat bzw. kraftvoll wiedergewinnen will. Franz Josef Strauß erweist sich dabei als guter Ratgeber: »Rechts von CDU und CSU darf es keinen Platz geben!«

2. Sieht man von Sachsen-Anhalt ab, spiegeln diese Wahlen noch eine andere Tendenz: Schadenfreude darüber, dass »die Linken« keinen Erfolg hatten, nicht in weitere Landtage eingezogen sind. Die Wahlergebnisse der Linken werden heruntergespielt. Die Tatsache, dass in Sachsen-Anhalt die Linkspartei.PDS als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorging und rein rechnerisch auch in diesem Bundesland eine rot-rote Koalition möglich wäre, wird kaum erwähnt. Wenn die WASG in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz aus dem Stand über 2,5 Prozent der Stimmen erhielt, dann ist das deutlich mehr als für die PDS dort bei Wahlen bislang gezählt werden konnte. Und schließlich die Kommunalwahlen in Hessen. Auch hier wird wenig beachtet, dass die Linken nun in 100 Kommunalparlamenten vertreten sind.

3. Das insgesamt schlechte Abschneiden von Rechtsextremisten bei allen vier Wahlen bestätigt viele Politiker in ihrer Fehleinschätzung, dass die Gefahr von rechts relativ gering ist und deshalb die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus keine besondere Aufmerksamkeit verdient. Die Wahlen würden den Kurs der Bundesregierung bestätigen, ergänzend zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ab 2007 finanzielle Mittel und Ressourcen stärker auch für den Kampf gegen Linksextremismus und Islamismus einzusetzen. Da insgesamt ab 2007 die zur Verfügung stehen-

den Mittel nicht erhöht, sondern auf dem jetzigen Stand eingefroren werden sollen, bedeutet das für nicht wenige Projekte zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus das Ende.

4. In den Medien spielten (mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt) wie schon bei den Bundestagswahlen 2005 Aussagen zu den Rechtsextremisten vor wie nach den Wahlen eine marginale Rolle oder wurden gar völlig ignoriert. Dazu hat die Bundestagsfraktion Die Linke eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und auch eine Antwort erhalten. Tendenz: Die Verschlechterung ist noch nicht beschlossen, aber abzusehen. Und: Wir bleiben beim alten untauglichen Schema Extremismus von rechts und (zumeist) angeblicher Extremismus von links sind zwei Schuhe eines Paares.³

5. Es wird kräftig spekuliert, zum Beispiel darüber, ob die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung sowohl einen höheren Stimmenanteil der Rechtsextremisten als auch der Linken mit verhindert hat. Die Antworten, die gegeben werden, fallen äußerst unterschiedlich aus. Auch diesmal werden wieder seriöse Untersuchungen zum »Phänomen Nichtwähler« eingefordert.

6. Schließlich spiegeln Wahlergebnisse auch diesmal die gesellschaftliche Wirklichkeit nur verzerrt wider. Die Zunahme des Abstands von arm und reich, abnehmende soziale Gerechtigkeit und die vielen Zeichen zunehmender rechter Gewalt in Deutschland, die von der so genannten Mitte der Gesellschaft mehr hingenommen als strikt bekämpft werden, sprechen eine andere Sprache. Was Wahlergebnisse eher verschleiern, ist: Die Dynamik rechtsextremistischen Agierens nimmt nicht ab, sondern zu. Die Spannbreite reicht dabei von einer Zunahme offener Gewalttaten, einer kaum gebremsten Demo-Aktivität über Bemühungen um den Ausbau der eigenen Organisationen (Parteien und Kameradschaften), einer breiten Palette von eigenen Veranstaltungen zur Gewinnung neuer Mitglieder bzw. Anhänger bis zur verstärkten Präsenz bei Veranstaltungen demokratischer Parteien (»Wortergreifungsstrategie«).

Zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (endgültiges amtliches Endergebnis) erreichten die Parteien folgende Ergebnisse: CDU 35,6%; Linkspartei.PDS 25,2%; SPD 23,4 %; FDP 7,6%; Grüne 4,4%; DVU 3,0% ; Republikaner 0,5%.

3 Nur angemerkt sei, dass die neue Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, Gabriele Fograscher, MdB und Mitglied des Innenausschusses des Bundestages, diese Extremismus-Gleichsetzung ebenfalls für antiquiert und den Tatsachen nicht entsprechend ansieht. Siehe: www.mut-gegen-gewalt.de; 18.3.2006.

Interessant ist, wie viele Personenstimmen sich hinter diesen Zahlen verbergen: CDU 318 550; Linkspartei.PDS 225 797; SPD 209 185; FDP 67 973; Grüne 39 569; DVU 26 905; REP 4 323.

Die gute Nachricht lautet: Die DVU hat den Wiedereinzug in den Landtag nicht geschafft.

Die schlechten Nachrichten lauten:

1. Die SPD hat sich für eine Landesregierung der großen Koalition entschieden, obwohl rein rechnerisch auch eine rot-rote Regierung möglich wäre.

2. Hinsichtlich der tatsächlichen Gefahr des politischen Wirkens des Rechtsextremismus beruhigen sich viele Landespolitiker (und nicht wenige Bundespolitiker!) schon wieder.

Wie auf Bundesebene wurde auch speziell für Sachsen-Anhalt zwischen den rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU verabredet, dass nur eine von beiden Parteien bei den Landtagswahlen in Sachsen Anhalt antritt.⁴ Vereinbart wurde, dass örtliche NPD-Funktionäre in die Kandidatenliste der DVU aufgenommen werden, was auch erfolgte. So fanden sich auf der DVU-Kandidatenliste die Spitzenfunktionäre des NPD-Landesverbandes Andreas Karl (Landesvorsitzender), Andreas Kittner (stellvertretender Landesvorsitzender) und Steffen Hartmann (Landesgeschäftsführer).⁵

Der Wahlkampf der DVU war durch Bekanntes und Neues geprägt. Wie man es von früheren Wahlen kannte, wurden Städte und Dörfer in Sachsen-Anhalt von Plakatwerbung flächendeckend zugestraft. Der Spitzenkandidat der DVU war diesmal durchaus vorzeigbar: Rechtsanwalt Ingmar Knop ist redegewandt und kann Klavier spielen.

Die Wahlen in Sachsen-Anhalt waren überschattet von mehreren rechtsextremistischen Vorfällen. In Zerbst war im Juli 2005 ein 16jähriger auf einem Heimatfest von einem polizeibekanntem Rechtsextremisten angegriffen worden. Er verlor sein rechtes Augenlicht, im Dezember 2005 hat der Prozess gegen den Täter begonnen.

Im Ort Pömmelte bei Schönebeck wurde ein 12jähriger von Rechtsextremisten brutal misshandelt. Der Grund: Sein äthiopischer Vater hat ihm ein etwas »fremdes« Aussehen vererbt.

Nach einem Drohbrief eines NPD-Funktionärs verboten die Zuständigen in Halberstadt die Durchführung eines Konzerts von Konstantin Wecker. Der deutschlandweite Protest gegen diesen Skandal hat die örtlichen Politiker eher überrascht als mobilisiert, endlich mehr gegen den Rechtsextremismus zu tun.

In Sachsen-Anhalt wurden 2006 schon 25 rechtsextremistische Gewalttaten registriert.

Betrachtet man die Wahlergebnisse der DVU näher, hat sie in einer Reihe von Regionen deutlich über 4 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten.

4 Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.1.2005, S. 4.

5 Siehe: www.deutsche-stimme.de

Der Stimmenanteil der DVU in den einzelnen Wahlkreisen im Überblick (in Prozent der abgegebenen Stimmen)⁶: Nebra: 5,7; Naumburg: 5,0; Zeitz: 4,8; Weißenfels: 4,6; Saalkreis: 4,4; Köthen: 3,8; Sangerhausen: 3,7; Hettstedt: 3,7; Querfurt: 3,6; Dessau-Roßlau: 3,5; Eisleben: 3,4; Salzwedel: 3,4; Aschersleben: 3,3; Genthin: 3,3; Jessen: 3,3; Quedlinburg: 3,3; Blankenburg: 3,2; Gardelegen-Klötze: 3,2; Halle II: 3,2; Wolfen: 3,2; Merseburg: 3,1; Zerbst: 3,1; Bitterfeld: 3,0; Dessau: 3,0; Havelberg-Osterburg: 3,0; Stassfurt: 3,0; Wanzleben: 3,0; Halle IV: 2,9; Haldensleben: 2,8; Wolmirstedt: 2,8; Bernburg: 2,7; Oschersleben: 2,7; Bad Dürrenberg: 2,6; Halberstadt: 2,6; Wernigerode: 2,6; Wittenberg: 2,6; Burg: 2,5; Halle II: 2,5; Stendal: 2,5; Magdeburg I: 2,5; Schönebeck: 2,4; Magdeburg II: 2,0; Magdeburg IV: 1,7; Halle III: 1,7; Magdeburg I: 1,1.

Toralf Staud, der ein lesenswertes Buch über die NPD⁷ geschrieben hat, verdanken die Leser der Wochenzeitung DIE ZEIT eine Vorwegnahme des Geschehens in Sachsen-Anhalt am Wahlabend. Wie es legitime Journalistenart ist, wurden von ihm fünf Frauen und Männer angerufen, die seit vielen Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus engagiert sind.

So auch David Begrich in Halle vom Verein »Miteinander«. Seine jüngsten Erfahrungen werden im Artikel so wiedergegeben:

Ein Fernsehsender hat die Leute von »Miteinander« gebeten, sich am Wahlabend in Studionähe bereitzuhalten. Sie fragten den Redakteur, ob die Zustände im Lande auch zur Sprache kämen, wenn die DVU bei 4,9 Prozent der Stimmen landete. Nein, habe der geantwortet, dann sei das »kein Thema«.⁸

Diese Art Journalismus drückt nur aus, was längst Alltag ist. In der Mitte der Gesellschaft Deutschlands kommt feiges Zurückweichen vor rechtsextremistischer Aktivität immer häufiger vor. Lieber Konstantin Wecker wieder ausladen und Probleme mit Rechtsextremisten um des touristischen Geschäfts wegen deckeln. Wehe, wenn wer von außen etwas erfährt und dann noch publik macht! Und eigentlich stören die linken Demonstranten viel mehr die Bürgerruhe als die rechten Marschierer, die bald wieder weg sind. Unsere Justiz, unsere Polizei, unsere Ordnungsämter werden es schon richten und so weiter, und so weiter...

Vielleicht fahren Journalisten demnächst nach Nebra, Naumburg, Zeitz, Weißenfels oder in den Saalkreis, wo die DVU zu den Landtagswahlen deutlich über 4 Pro-

zent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. In diesen und in anderen Städten Sachsen-Anhalts kann man von politischen Akteuren ziemlich schnell auch erfahren, dass Prozentpunkte zu Wahlen wenig über die tatsächliche Verbreitung von Einstellungen und die Häufigkeit rechtsextremistischer Gewalttaten »vor Ort« aussagen.

Gerade solche Organisationen wie der Verein »Miteinander« e. V., die sich seit vielen Jahren mit Prävention gegenüber rechtsextremistischer Gewalt und mit Opferhilfe beschäftigen, wissen um die Mühen langfristiger Arbeit. Sie beobachten mit Sorge, dass sich Rechtsextremisten durch ihnen leicht gemachte »Siege« wie beim abgesagten Wecker-Konzert in Halberstadt ermutigt fühlen. (Immer mal drohen, mal sehen, was danach passiert: gerade an solchen »Konfliktplätzen« Demos anmelden und: die »Wortergreifungsstrategie« aktiv betreiben.)

Nicht nur in Halberstadt, auch in anderen Orten in Ost und West ist gewachsenes Selbstbewusstsein von Rechtsextremisten festzustellen, aber auch zunehmender, breitere gesellschaftliche Kräfte umfassender Widerstand. Was sich beispielsweise derzeit in Berlin-Pankow abspielt, wo der Neubau einer Moschee genehmigt ist, das verdient eine gesonderte Untersuchung. Wer da alles mit wem gemeinsam und gefüttert von hanebüchenen »Argumenten« über »die Moslems« auf die Straße geht, in Sälen rumschreit und gewalttätig wird statt zu argumentieren, das vermittelt tiefe Einblicke in den Zustand der deutschen Gesellschaft.

Einige Bemerkungen zu den anderen Wahlen am 26. März 2006

Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (amtliches Endergebnis) erreichten die Parteien folgende Ergebnisse: CDU 44,2%; SPD 25,2 %; FDP 10,7%; Grüne 11,7%; WASG 3,1%; REP 2,5%; NPD 0,7%.

Hinter den Prozentpunkten verbergen sich folgende Anteile der gültigen Stimmen: CDU 1 748 766; SPD 996 207; FDP 421 994; Grüne 462 889; WASG 121 753; REP 100 081; NPD 29 219.

Derzeit zeichnet sich die Fortsetzung einer Koalition von CDU und FDP ab.

Der Stimmenanteil der Republikaner bedeutet gegenüber 2001 eine Halbierung der Stimmen. Die NPD vervierfachte auf niedrigem Niveau ihre Stimmenzahl.

Überdurchschnittliche Ergebnisse der Republikaner:
Kirchheim: 5,7%; Main-Tauber: 4,2%; Heidenheim: 4,1%; Nürtingen: 4,0%; Heilbronn: 3,8%; Mannheim: 3,8%; Bietingheim-Bissingen: 3,6%; Schwäbisch Gmünd: 3,6%.

⁶ Siehe: Magdeburger Volksstimme, 27.3.2006.

⁷ Siehe: Toralf Staud: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005. Rezension von Norbert Madloch in: Rundbrief 4/05, S. 66-67.

⁸ Siehe: Derselbe: Bloß nicht reizen. Entsetzen im Westen: Konstantin Wecker kann in Sachsen-Anhalt nur mit Billigung der NPD auftreten. Im Osten ist so etwas ganz normal. In: DIE ZEIT, Nr. 12, 16.3.2006, S. 13.

Überdurchschnittliche Ergebnisse der NPD:

Villingen-Schwenningen: 2,6%; Schwäbisch Hall: 1,7%; Hohenlohe, Eppingen und Neckarsulm: 1,6%; Geislingen: 1,5%; Göppingen: 1,4%.

In diesem Bundesland scheint der Einfluss der Rechtsextremisten geringer zu sein als in anderen Bundesländern. Zur einzigen öffentlichen Wahlveranstaltung der Republikaner mit dem Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer kamen weniger als 40 Interessierte.

Die Republikaner beispielsweise, die im Jahre 1996 mit einem furiosen Ergebnis von 9,1 % in den Landtag einziehen konnten, mussten zu den Landtagswahlen am 25.3.2001 eine Halbierung ihrer Wählerinnenschaft auf 4,4 % konstatieren und ihre Landtagsbüros räumen.

Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz

Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz (amtliches Endergebnis) erreichten die Parteien folgende Ergebnisse: SPD 45,6%; CDU 32,8%; FDP 8,0%; Grüne 4,6%; WASG 2,6%; REP 1,7%; NPD 1,2%.

Interessant ist, wie viele Personen sich hinter diesen Zahlen verbergen: SPD 799 377; CDU 574 329; FDP 140 865; Grüne 81 411; WASG 44 826; REP 29 919; NPD 21 056.

Der bisherige Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) wird künftig mit absoluter Mehrheit allein regieren.

Die NPD kommt in den Genuss der Wahlkampfkostenersatzung. Ihr zweites Ziel, stärker zu werden als die Republikaner, erreichte sie hingegen nicht. Die Republikaner führten ihre Wahlkampfhauptveranstaltung in Mainz-Kastel durch. Die Tatsache, dass außer dem Bundesvorsitzenden der Partei auch ein Vertreter der flämischen Partei Vlaams Belang zu den Anwesenden sprach, hatte keine gravierenden Auswirkungen auf ein gutes Wahlergebnis.

Überdurchschnittliche Ergebnisse der NPD:

Donnersberg: 3,0; Worms: 2,5; Zweibrücken: 2,4; Kaiserslautern-Land: 2,0; Bad Marienberg/Westerburg: 1,9; Alzey: 1,8.

Überdurchschnittliche Ergebnisse der Republikaner:

Pirmasens: 5,7; Ludwigshafen 2: 5,5; Ludwigshafen 1: 5,3; Germersheim: 3,6; Mainz 1: 3,5; Speyer: 3,4; Kusel: 3,3; Mainz 2: 3,2; Frankenthal und Mutterstadt: 3,0.

Kommunalwahlen in Hessen

Bei den Kommunalwahlen in Hessen (amtliches Endergebnis) erreichten die Parteien folgende Ergebnisse: CDU 38,5%; SPD 34,7%; Grüne 9,2%; FDP 5,8%; Die Linke 3,4%⁹; REP 1,5%; NPD 0,4%.

⁹ Unter Linke wurden beim Trendergebnis (nur Listenkreuzstimmen) summiert: Die Linke, WASG, Linke Listen. Siehe: Frankfurter Rundschau, 28.3.2006, S. 20.

Interessant ist, wie viele Personen sich hinter diesen Zahlen verbergen (gewichtete Stimmen): CDU 759 324; SPD 683 272; Grüne 181 181; FDP 113 648; REP 29 675; NPD 7 269.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten büßten die Republikaner über die Hälfte ihrer Mandate ein (29 statt früher 52). Die NPD legte auf niedrigem Niveau zu: Sie verfügt künftig in den Kreisen und großen Städten über 6 Mandate. Da es bei Kommunalwahlen keine Fünf-Prozent-Klausel gibt, gelangten auch Rechtsextremisten in Kommunalparlamente. In Wiesbaden bekamen die Republikaner 4 Sitze, in Offenbach am Main 3.

Die Republikaner gehören mit je 3 Abgeordneten folgenden Kreisparlamenten an: Bergstraße, Main-Kinzig.

Die Republikaner gehören mit je 2 Abgeordneten folgenden Kreisparlamenten an: Fulda, Odenwaldkreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf.

Die Republikaner gehören mit je 1 Abgeordneten folgenden Kreisparlamenten an: Hochtaunuskreis, Limburg-Weilburg, Lahn-Dill-Kreis, Vogelsbergkreis, Main-Taunus.

Der NPD gelang der Einzug in die Kreistage des Wetteraukreises (3 Mandate), Lahn-Doll-Kreis (2 Mandate)

Bestes Wahlergebnis der NPD: Wölfersheim (10,4 %, 3 Mandate); im Landkreis Offenbach erreichte die aus einer REP-Abspaltung hervorgegangene Deutsche Liste einen Sitz. Ein rechtes Bürgerbündnis erlangte im Schwalm-Eder-Kreis 1 Mandat.

Zurück zu den Wahldeutern. Nach den satten Siegen der beiden Parteien der großen Koalition ist nun auch seltener die Rede von der Befürchtung über größere Wahlerfolge links oder rechts außen, die die politische »Großwetterlage« irgendwie nachhaltig beeinflussen könnten. Die große Zahl der Nichtwähler wird in diesem Zusammenhang plötzlich uminterpretiert. Sie gelten nicht mehr als Indiz für Politik- und Politikerverdrossenheit, die allen demokratischen Parteien zu denken geben müsste.

Einer, der in Sachsen-Anhalt zu Hause ist, Hans-Joachim Tschiche, Vorsitzender des Vereins »Miteinander« und früherer Fraktionschef der Grünen im Magdeburger Landtag, hält es für einen fatalen Irrtum zu glauben, die Dynamik des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt sei mit dem Wahlergebnis gestoppt.¹⁰

Die politische Auseinandersetzung in Deutschland wird weiter an Schärfe gewinnen, darunter auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Wie heißt es im Fußball-WM-Jahr bzw. im Wahljahr 2006 so oft? Schau'n wir mal.

¹⁰ Siehe: ND 27.3.2006, S. 3.